

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 8. Juli 2000

111. Jahrgang Nr. 31.257

Korrumpierte Gewerkschafter

Während die erstaunte Öffentlichkeit den Streit der Senatoren mit Vizepräsident Alvarez über korrupte Senatssitten zwecks Einstellung vonünstlingen verfolgte, platzte in der Vorwoche die Korruptionsbombe in der Gewerkschaft der Bauarbeiter.

Sachlich ging es um die Vorschriften für die Sicherheit der Bauarbeiter, die angeblich kostenvertueernd sind und deshalb füglich von manchen Bauunternehmen vermieden werden. Das führt dann zu einer besonders hohen Unfallsquote mit über 160 Todesfällen im Vorjahr. Die Arbeitspolizei sollte sich darum kümmern, was sie jedoch unterlässt. Die Baugewerkschaft müsste ebenfalls Sorge tragen, dass ihre Mitglieder keinen unnötigen Arbeitsrisiken ausgesetzt werden.

So sollte es laut Arbeits- und Unfallgesetzen geschehen. In der Praxis verhält es sich leider anders, wie der Korruptionsskandal der Vorwoche zur Schau stellte. Ein Bauunternehmer sollte durch den stellvertretenden Baugewerkschafter Ladina erpresst werden, der von ihm Geld forderte als Gegenleistung dafür, dass angebliche Unfallrisiken nicht angezeigt werden würden. Der Unternehmer liess das Gespräch mit versteckter Kamera filmen. Die Szene, die im Fernsehen verbreitet und in anderen Medien publik gemacht wurde, wirkte sicherlich grotesk. Der korrupte Gewerkschafter forderte Geld und protzte mit seiner Macht, unwissend dass er gefilmt wurde. Mehrere Helfershelfer wurden dabei auch bloss gestellt.

Der Generalsekretär der Baugewerkschaft, Gerardo Martínez, zeigte sich überrascht, als er von dem Korruptionsskandal erfuhr. Sein Stellvertreter Ladina wurde sofort entlassen und musste auch als Kultursekretär der rebellischen Gewerkschaftszentrale unter dem Lastwagenfahrer Hugo Moyano ausscheiden. Was ein korrupter Baugewerkschafter mit Kultur zu tun hat, bleibt freilich unerfindlich. Vor Gericht wurde ein Strafprozess gegen Ladina eingeleitet, dessen Ausgang abzuwarten ist.

Der Fall hat abermals deutlich gemacht, mit welchen Erpressungsmethoden sich argentinische Gewerkschafter bereichern, obwohl sie nach aussen immer scheinheilig so tun, als ob sie ausschliesslich die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Im Fall der Bauarbeiter spielen sie sogar mit deren Leben, wenn sie sich nicht um deren Sicherheit im Arbeitsprozess kümmern und diesen Sachverhalt für Erpressungen der Bauunternehmer einsetzen.

Die Reform der Arbeitsgesetze hat vor zwei Monaten den Spitzengewerkschaftern einen Teil ihrer Macht abgenommen, die sie in Verhandlungen mit Arbeitgebern einsetzten und dabei sicherlich auch Geld zu Lasten der Arbeitnehmer erpressten. Tarifverträge werden künftig

Balza steht zu Anschuldigungen

Ex-Heereschef Generalleutnant Martín Balza sieht seinen Ausschluss aus dem Círculo Militar als Folge seiner Selbstkritik hinsichtlich der Vorgehensweise der Streitkräfte während der letzten Militärdiktatur. Balza erklärte am Wochenende in einer Fernsehsendung des Kanals CVN, er bereue seine Äußerungen nicht und denke immer noch so wie im April 1995. Gleichzeitig sagte er, „das Círculo Militar repräsentiert nicht die Streitkräfte, da die Hälfte der aktiven Offiziere nicht Mitglied ist“.

Der Ex-Heereschef wurde von der Vereinigung 1995 nach einer Abstimmung ausgeschlossen, an der 560 der 18.000 Mitglieder teilgenommen hatten. Vorsitzender dieses Treffens war damals General (i.R.) Ramón Díaz Bessone, Planungssekretär in der Regierung der Militärs.

Balza unterstrich, dass die Entscheidung des Círculo Militar „keinerlei institutionelles Gewicht“ habe. Auch sei bekannt, dass er und der General Díaz Bessone unterschiedliche Auffassungen hätten. Die Autokritik Balzas hinsichtlich der Verfehlungen des Militärs während der Diktatur von 1976 bis 1983 war seinerzeit die erste eines hochrangigen Offiziers der Streitkräfte.

nach Branchen, Regionen oder allenfalls Grossunternehmen ausgehandelt werden.

Noch weittragender wird sich ab Januar 2001 die versprochene Deregulierung der Krankenversicherung herausstellen. Das jetzige Monopol der gewerkschaftlich verwalteten Sozialwerke soll zugunsten der freien Wahl der Arbeitnehmer zwischen solchen Sozialwerken und privaten Krankenkassen verschwinden. Abgesehen davon, dass damit sicherlich eine bessere Gesundheitsbetreuung eintreten wird, wenn die Zwangsabgaben auf die Lohnsummen nicht mehr den Gewerkschaftskassen, sondern privaten Krankenkassen zufließen, sei darauf hingewiesen, dass die Gewerkschafter ihre jetzige Erpressung der Arbeitnehmer verlieren, sollten diese aus der Gewerkschaft austreten wollen, damit ihnen nicht mehr die ein- bis dreiprozentigen Beiträge vom Monatslohn abgezogen und vom Arbeitgeber an die Gewerkschaftskasse eingezahlt werden.

Die Ablehnung der Gesundheitsdienste an Mitglieder und ihre Familien, zu denen die Sozialwerke kraft Gesetz verpflichtet sind, kann nicht mehr als Erpressungsargument eingesetzt werden, damit die Mitglieder bei der Stange bleiben. Früher, in Inflationszeiten, wurden die Gewerkschaftskassen nicht nur mit den Beiträgen der Arbeitnehmer, sondern mit anderen Zuschüssen gespeist, die anlässlich der Vereinbarung von Tarifverträgen anfielen, darunter der erste Monat einer Lohnzulage für die Gewerkschaft.

Mit der sukzessiven Entmachtung vormals allmächtiger Gewerkschafter werden normale Verhältnisse hergestellt werden. Die Gewerkschafter werden sich dann den Interessen ihrer Mitglieder widmen und nicht wie bisher auf die eigene Kasse schauen, um Unternehmer und Mitglieder zu erpressen. Der Fortschritt für die Herstellung echter demokratischer Verhältnisse ohne korporative Monopole der frühperonistischen Erbschaft wird sicherlich dazu beitragen, dass Politik und Gesellschaft sich korrupter Machenschaften entziehen können. Was zu beweisen war.

Randglossen

Kaum dass in der Regierung die Freude herrschte, weil die **Steuereinnahmen im Juni mit 4,8 Milliarden Pesos mehr als erwartet ergeben hatten, beilieten sich der Präsident und seine Minister, neue Staatsausgaben sowie Steuersenkungen in baldige Aussicht zu stellen. Trotz der Zunahme der Steuereinnahmen, die auf vorverlegte Steueranzahlungen und Einzahlungen zum Steuermoratorium beruhte, bleiben die Staatskonten tiefrot. Das diesjährige Defizit des Schatzamtes soll 4,7 Milliarden Pesos nicht überschreiten, was abzuwarten ist, die Provinzen stehen mit 2,2 Milliarden in der Tinte und neue Bonds zur Abgeltung alter Schulden werden den gesamten Fehlbetrag der öffentlichen Hand auf mehr als 8 Milliarden Pesos anheben, um den der Schuldenberg unweigerlich wachsen wird. Kein Grund zur Feier und noch weniger, um gleich neue Staatsausgaben und Steuersenkungen in**

Aussicht zu stellen.

Damit die Regierung offene Forderungen allerlei Gläubiger mit neuen Bonds konsolidieren darf, soll der Kongress ein sogenanntes Notstandsgesetz verabschieden. Im Senat, wo die Justizialisten kraft eigener Mehrheit das Sagen haben, wehren sich diese Senatoren gegen die Bezeichnung der Vorlage als Notstandsgesetz, weil damit unerschwerlich behauptet wird, dass die abgewählte justizialistische Regierung das Land im Notzustand verlassen hat wie weiland Alfonsín in der Hyperinflation. Den Vergleich mit 1989 verbitten sich die Justizialisten, obwohl sie ansonsten bereit sind, der Regierung den Gefallen zu tun, damit auch hoch verschuldete Provinzen, deren Gouverneure Justizialisten sind, in den Genuss grosszügiger Umschuldungen kommen. Eins für mich, das andere für Dich, lautet der politische Kuhhandel um diese Notstandsgesetz, das keines sein soll.

Auf dem Weg zum Konsens

De la Rúa verspricht eine Aufwertung der Rolle der PJ in Sozialplänen

Die bedeutendste Erfahrung des Besuchs der Führung der PJ-Abgeordnetenfraktion im Kongress und bei Präsident Fernando de la Rúa in der Casa Rosada war dessen Versicherung, dass die Regierung nicht beabsichtige, die Sozialpläne zu zentralisieren. Im Rahmen dieser Fortsetzung des politischen Dialogs zwischen Regierung und Opposition am Dienstag stellten die PJ-Abgeordneten auch zehn Wirtschaftsvorschläge vor.

Besonderes Gewicht aber legte der Fraktionschef Humberto Roggero auf die Entwicklung von Sozialpolitik sowohl durch die Nationalregierung als auch von den Provinzen, die dann in einem föderativen Geist koordiniert werden sollten. Mit der ihm eigenen Feinheit hatte der Córdoba-

Roggero gefragt, ob die Regierung gedenke, Sozialpläne zusammenzufassen und den Provinzen, deren Mehrheit vom PJ regiert wird, die Handhabung der Sozialpläne abzunehmen. Wie verlautet, bestritt de la Rúa eine derartige Absicht und gab das „heiße Eisen“ unmittelbar an seinen Kabinettschef Rodolfo Terragno weiter, der eine Vorschau hinsichtlich der Schaffung eines Zentralregisters aller Leistungsempfänger gab, mit dem Überschneidungen vermieden werden sollen.

Mit besagtem Zentralregister sollen die Sozialausgaben, die jährlich 2,7 Milliarden betragen, effizienter gemacht werden. Terragno unterstrich dazu, dass man die derzeit laufenden 93 Sozialpläne in sieben Bereiche zusammenfassen wolle. Obwohl der Ka-

binettschef nicht sehr viele Einzelheiten beleuchtete, kündigte er zumindest an, dass die Regierung zwei Initiativen zur Bekämpfung der Armut starten werde.

Zum einen sei ein „sozialer Investitionsplan“ in Vorbereitung. Demnach hat Arbeitsminister Alberto Flamarique ein Technikerteam beauftragt, das umgehend einen Plan mit Eigenfinanzierung erstellen soll, der die Vergabe einer Unterstützung an 400.000 Familienoberhäupter vorsieht. Damit sollen mittelfristig die sogenannten „planes Trabajar“ abgeschafft werden. Zum anderen stellte Terragno einen „Identitätsplan“ vor, dessen Ausführungsbestimmungen derzeit im Ministerium für Sozialentwicklung festgelegt werden.

Neben de la Rúa und Terragno

auf Regierungs- und Roggero auf PJ-Seite nahmen an der Aussprache auch Innenminister Federico Storani, der Vorsitzende der Abgeordnetenkommission, Rafael Pascual, sowie die PJ-Abgeordneten Miguel Angel Pichetto, Marcelo López Arias, Saúl Ubaldini, José Díaz Bancalari und Graciela Camaño teil.

Roggero hatte in der vergangenen Woche seinen Unmut über die „pa-rallelen“ Treffen geäußert, die ohne seine Genehmigung durchgeführt wurden, und die von Pascual gefördert worden waren. Anlässlich eines dieser Treffen hatte Pascual de la Rúa vor sechs Wochen eingeladen, während vom PJ unter anderen die Ex-Gouverneure und heutigen Abgeordneten Arturo Lafalla, Jorge Busti und Jorge Obeid erschienen waren.

WOCHENÜBERSICHT

Senats-„ñoquis“

Die Justiz hat Vizepräsident Carlos Alvarez aufgefordert, die Namen von 800 „ñoquis“ (Lohnempfänger ohne Gegenleistung) im Senat zu nennen, auf die er in der vergangenen Woche ohne Namensnennung hinwies. Wie es in Frepaso-Kreisen heisst, soll die von Alvarez genannte Zahl auf Schätzungen beruhen.

Selbstintervention der Uocra

Während im Kongress und im Arbeitsministerium über die Zukunft der Baugewerkschaft Uocra diskutiert wird, hat der nationale Führungsrat der Uocra die Intervention der Filiale in Buenos Aires beschlossen. Die Uocra-Vertretung war in den letzten Wochen Mittelpunkt eines Korruptionsskandals, in den fünf führende Gewerkschafter, darunter der Ex-Distriktschef Juan Ladina, verwickelt sind.

„Sozialer Dialog“

Kabinettschef Rodolfo Terragno hat sich am Montag mit Abgeordneten der Cavallo-Partei AP zu einem „sozialen Dialog“ getroffen. Durch die Gespräche will die Nationalregierung ihre Beziehungen zur Opposition verbessern. Nicht mit dabei war der sich auf Italienreise befindliche AP-Chef Domingo Cavallo. Zuvor hatten sich Terragno und Innenminister Federico Storani mit Abgeordneten und Se-

natoren getroffen.

Demokrat Gorriarán Merlo

Der wegen des Überfalls auf die Kaserne in La Tablada zu lebenslanger Haft verurteilte Guerrillero Enrique Gorriarán Merlo hat dem Terror abgeschworen. Der Anführer des „Movimiento Todos por la Patria (MTP, Bewegung Alle für das Vaterland) sagte der Nachrichtenagentur DyN am Mittwoch, „wir wollen uns wieder in das demokratische Leben eingliedern und uns in Zukunft politisch betätigen und an Wahlen teilnehmen“. Zugleich erklärte er den eigenen Hungerstreik und den seiner inhaftierten Anhänger nach mehr als fünf Wochen für beendet. Bei dem Angriff auf die Kaserne starben 1989 39 Menschen.

Nichtinanspruchnahmezinsen

Argentinien zahlt jährlich an internationale Kreditgeber Nichtinanspruchnahmezinsen in Millionenhöhe für unter der Regierung Menem dem Land von internationalen Institutionen gewährten, von der Regierung aber nicht oder nur teilweise in Anspruch genommenen Gelder für Sozialprogramme. Dabei handelt es sich u.a. um einen Kredit über 7,5 Milliarden Dollar von der Interamerikanischen Entwicklungsbank, wovon bis Dezember 1999 nur 36 Prozent ausgegeben wurden sowie um 8,5

Milliarden Dollar der Weltbank, von denen nur 21 Prozent umgesetzt wurden. Beide Kredite wurden 1993 gewährt. In beiden Fällen werden jährlich 32 Millionen Dollar an Zinszahlungen fällig, obwohl die Menem-Regierung die damit verbundenen Programme nie durchgeführt hat.

Vulkan Copahue aktiv

In der Provinz Neuquén ist der Vulkan Copahue aktiv. Seit Sonntag spuckt der zuletzt fünf Jahre „stille“ Vulkan Asche und verbreitet im Umkreis von rund 60 Kilometern einen penetranten Schwefelgeruch. Für die Behörden ist die Tätigkeit des Vulkans, der zuletzt 1992 und 1995 jeweils für kurze Zeit tätig war und die Gegend mit Aschenregen bedeckte, nicht „besorgniserregend“.

Feuer im Luna Park

Ein Feuer hat am Montag im Luna Park den Ballettabend mit Julio Bocca platzen lassen, noch bevor Argentiniens bester Tänzer die Bühne betreten konnte. Rund 120 Feuerwehrleute brachten das Feuer im Leitungssystem der Klimaanlage binnen einer Stunde unter Kontrolle, verletzt wurde von den 1.000 Besuchern niemand. Bis zur vollständigen Klärung der Brandursache bleibt die legendäre Veranstaltungshalle an der Avenida Corrientes auf Anordnung der Behörden geschlossen.

„Libertad“ in New York

Das Segelschulschiff der argentinischen Marine, die Fregatte „Libertad“, hat auf ihrer Weltumseglung am Dienstag im Hafen von New York an den Festlichkeiten des 224. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung der USA vom 4. Juli 1776 teilgenommen. US-Präsident Bill Clinton beobachtete vom Flugzeugträger JFK aus die über 200 Schiffe aus aller Welt, die nach New York gekommen waren.

Ausreiseverbot für Alsogaray

Die ehemalige Staatssekretärin für Umwelt, María Julia Alsogaray, darf auf richterliche Anordnung Argentinien vorerst nicht verlassen. Mit dem von Bundesrichter Juan José Galeano am Mittwoch erlassenen Entscheid soll Klarheit in die undurchsichtige Vermögenssituation der ehemaligen Funktionärin gebracht werden. Gegen die Vertraute von Ex-Präsident Carlos Menem wird seit Monaten wegen mutmasslicher „unrechtmässiger Bereicherung“ zwischen 1989 bis 1999 ermittelt. Unklar ist dabei weiter die Kumulation von Alsogarays Vermögen, das in den zehn Jahren von rund 10.000 Pesos auf 2,5 Millionen Dollar anstieg. Untersucht wird auch der Erwerb mehrerer Immobilien durch Alsogaray im In- und Ausland sowie angebliche „Schmiergeldzahlungen“ im Zuge der Privatisierung des Telefonriesen ENTel.

Streit um das Zwei für Eins-Gesetz

Generalstaatsanwalt von Buenos Aires beantragt Aufhebung

Der Generalstaatsanwalt des Obersten Gerichtshofes von Buenos Aires, Eduardo Matías de la Cruz, hat die Aufhebung des als „2 für 1“-Gesetzes bekannten Nationalgesetzes 24.390 beantragt. Dieses sieht vor, dass jeder Tag, den ein Straftäter ohne Verurteilung in Untersuchungshaft sitzt, beim Absitzen der Haft doppelt angerechnet wird. Der Antrag von de la Cruz erfolgte wenige Stunden nach Bekanntwerden eines Berichtes der Gefängnisbehörde, demzufolge zwischen 1994 und 2000 mehr als 15.000 in bonaerenser Hochsicherheitsgefängnissen inhaftierte Täter freigelassen wurden, ohne ihre Strafe verbüßt zu haben. Damit nicht genug, wurden mehr als 10.000 entlassen, ohne verurteilt worden zu sein.

Das umstrittene Gesetz war 1994 vom Kongress verabschiedet worden. Der PJ-Nationalabgeordnete und Vorsitzende der Kommission für Strafrecht und Gefängnispolitik, Dámaso Larraburu, erklärte in diesem Zusammenhang vor der Presse den „Außergewöhnlichkeits- und Übergangscharakter“ des Gesetzes. Gleichzeitig versicherte Larraburu, das Gesetz sei trotzdem nie geändert oder aufgehoben worden. Die Erkenntnis, dass tausende Delinquenten von einer langsamen und schwerfälligen Justiz profitieren und umgehend „wieder an die Arbeit gehen“, sei im bonaerenser Haftsystem uralte. De la Cruz scheint sich die Worte des Gouverneurs von Buenos Aires, Carlos Ruckauf, hinsichtlich der „mano dura“ (Harte Hand) zu Herzen genommen zu haben, der von den

PJ-Nationalabgeordneten wiederholt eine Änderung des Gesetzes fordert.

In der Abgeordnetenkammer liegen mindestens zwei Projekte zu dem Thema zur Abstimmung bereit. Ruckauf tritt für die einschränkungslose Aufhebung der Norm 24.390 ein - ein nach Larraburus Einschätzung schweres Unterfangen. „Dies ist ein Thema, wo das Für und Wider quer durch die politischen Parteien geht. Ich bin sicher, dass es sowohl Justizialisten gibt, die dagegen sind, wie auch Radikale, die dafür stimmen werden“, erklärte der Kommissionsvorsitzende und fügte hinzu: „Der Nationalstaat ist da im Verzug. Es gibt derzeit keinerlei Anzeichen für eine Gefängnispolitik wie sie Ex-Gouverneur Eduardo Duhalde eingeleitet und sein Nachfolger Ruckauf fortgesetzt hat.“

Der Abgeordnete Melchor Cruchaga hingegen, der ein Projekt einreichte, mit dem verhindert werden soll, dass die umstrittene Norm die Strafen gefährlicher Verbrecher verwässert, ist nicht einverstanden mit deren ersatzlose Streichung. „Wir müssen den Geist bewahren, der bei der Verabschiedung des Gesetzes 1994 waltete. Die Akzeptanz internationaler Normen und die Aufnahme der Idee des Paktes von San José de Costa Rica in unsere Verfassung sind Ausdruck der Absicht, den Zeitraum, den eine Person in Untersuchungshaft verbringt, auf ein angemessenes Maß herunterzuschrauben.“ Als solches sieht der UCR-Abgeordnete zwei Jahre. Der Zeitraum müsse aber ausgedehnt werden, wenn die Strafsache es erfordere.

Neuer US-Botschafter in Buenos Aires

Regierung erwartet „neuen Stil“ / „Verteidigung der Handelsinteressen“

Am Montag überreichte der neue US-Botschafter James Donald Walsh dem Präsidenten Fernando de la Rúa in der Casa Rosada seine Beglaubigungsschreiben, nachdem in den letzten dreieinhalb Jahren ein Geschäftsträger die Botschaft verwaltet hatte. Mit der Ankunft von Walsh, eines sehr guten Kenners argentinischer Lebensart, erwartet die Allianzregierung die Einführung eines „neuen Stils“ in den Beziehungen zu Washington, wie ein Regierungssprecher erklärte.

Der 53-jährige Walsh verfügt über hervorragende Beziehungen zu politischen und wirtschaftlichen Sektoren des Landes und ist mit den Gewohnheiten des Landes wesentlich vertrauter als seine Vorgänger: er trinkt Mate und verwendet häufig hauptstädtische Dialektworte. Walsh erwarb diese Fähigkeiten in den vier Jahren von 1989 bis 1993 als zweiter Mann an der Botschaft in Buenos Aires. Die argentinischen Politiker, Wirtschaftler und Industriellen, die Walsh in dieser Zeit kennenlernten, stimmen darin überein, dass er ein Diplomat mit einem „direkten

und offenen Stil“ sei.

Sie betonen aber auch, dass er im Gegensatz zu dem „öffentlichen“ Image der beiden letzten Botschafter Terence Todman und James Cheek ein eher formelles Image vertritt. Todman vertrat sein Land in Buenos Aires in der ersten Etappe der menemistischen Regierung, in der von „relaciones carnales“ gesprochen wurde, eine doppelstimmige Bezeichnung für enge und freundschaftliche Beziehungen. Diese „relaciones“ waren seinerzeit wiederholt Gegenstand von schlechten Witzen. Der farbige Botschafter war der erste seit den 40er Jahren, der in Buenos Aires eine bedeutende Rolle spielte. Seine Nummer Zwei war Walsh. Über die Themen, die Walsh und de la Rúa im Rahmen der Überreichung der Beglaubigungsschreiben anschnitten, verlautete nichts. Allerdings ist es kein Geheimnis, dass Walsh mit ganz eindeutigen Anweisungen hinsichtlich der Themen nach Buenos Aires reiste, die seiner Regierung strategisch bedeutend scheinen: Eine weitgehende Deregulierung der Telekommunikationen zur Er-

leichterung nordamerikanischer Investitionen und die Einführung einer Politik des „offenen Himmels“, mit der der Luftverkehr zwischen beiden Ländern freigegeben werden soll.

Diese Fragen waren erst vor drei Wochen Thema der Gespräche von US-Präsident Clinton mit Fernando de la Rúa bei dessen Besuch in Washington. Bei diesem Besuch garantierte de la Rúa seinem Amtskollegen, dass das Kommunikationsdekret eine Beteiligung von mehreren Konkurrenten garantieren werde und versprach

eine eingehende Prüfung der zukünftigen Aufhebung aller Beschränkungen im Luftverkehr.

Der offizielle Besuch de la Rúas in Washington, den dieser als „erfolgreich“ bezeichnet hatte, bewirkte auch eine Beschleunigung der Bestätigung von Walsh als US-Botschafter. Bei seiner in Washington üblichen Vorstellung im US-Kongress verpflichtete sich Walsh zu einer Amtstätigkeit im Sinne einer „Verteidigung der nordamerikanischen Handelsinteressen“ in Argentinien.



**SERVICIOS
DIGITALES**

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 9% auf 530,95, der Burcapindex um 6,8% auf 945,62 und der Börsenindex um 4,6% auf 20.190,69.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liners) fiel in der Berichtswoche um 1,3% auf \$ 0,8215.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 30.6. \$ 25,87 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 13,75 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 26,09 Mrd. bzw. \$ 13,44 Mrd., vor einem Monat \$ 24,35 Mrd. bzw. 13,47 Mrd. und vor einem Jahresdrittel \$ 24,82 Mrd. bzw. 13,99 Mrd.

Das Gesetz Nr.25.49 (Amtsblatt vom 3.7.00) ermächtigt die Zentralregierung, die Übertragung des Renten- und Pensionssystems des Personals der Banco de La Pampa in das integrierte System der Nation mit der Provinzregierung von La Pampa zu vereinbaren. Gegen Paragraph 3, der die Zentralregierung mit den entsprechenden Arbeitgeberbeiträgen belastet, hat die Zentralregierung ihr Veto eingelegt.

Mit Beschluss 168/2000 (Amtsblatt vom 3.7.00) ermächtigt das Energieministerium die YPF SA, von verschiedenen, in Konzession betriebenen Erdgaslagern im Nordwesten Argentiniens, bis zu 900.000 cbm/Tag, durch bis zu 15 Jahre, bis zu einer Gesamtmenge von 4,95 Mrd. cbm, an die chilenische Enesa über die gelegte Erdgasleitung zu exportieren.

Mittels Beschluss 169/2000 (Amtsblatt vom 3.7.00) ermächtigt das Energieministerium die Firma Pluspetrol Energy SA eine 500 kV Hochspannungsleitung von ihrer Trafostation in El Bracho, Provinz Tucumán, bis zu den E-Werken Central Tucumán und San Miguel de Tucumán zu legen. Die Konzession für den Stromtransport hat eine Laufzeit von 30 Jahren.

Der Beschluss 509/200 des Wirtschaftsministeriums legt fest, dass die 2jährige Laufzeit der Antidumpingzölle für offenes oder abgefülltes Olivenöl aus der EU, das nach den Merco-sur-Zollnormenklaturen N.C.M. 1509 10.00, 90.10 und 90.90 eingestuft wird, endet und die notwendigen Untersuchungen durchgeführt werden müssen. Bis zum Abschluss derselben bleiben die bisherigen Sonderzölle weiter in Kraft.

Die Führungsetage von Renault hat die Investition von US\$ 60 Mio. im Werk in Santa Isabel, Provinz Córdoba, für die neue Ausführung des Clio bekannt gegeben. Gleichzeitig wurde bestätigt, dass die japanische Nissan, von der Renault 36,8% hält, US\$ 100 Mio. für die Fertigung des Terra mit Allradantrieb investiert, der Ende 2001 vom Band gehen soll. US\$ 32 Mio. wurden bereits für die Erzeugung des Clio 2 investiert, der am 15.8. auf dem Markt sein soll.

Unter dem Druck der Geflügeleinfuhren aus Brasilien hat der grösste argentinische Produzent, San Sebastián, der auch Würstwaren, Tiefkühlgemüse und Gemüsekonserven herstellt, seine Gläubiger gerichtlich einberufen. Wie der Verband Cepa (Centro de Empresas Procesadoras Avícolas) erklärte, riss der Tequilaeffekt 1994/95 Firmen wie Praver, Indavico und Frigorífico Entre Ríos in den Abgrund, die Katastrophe trat jedoch mit der Realabwertung und den dadurch billigen Hühnern aus Brasilien ein. San Sebastián hat Betriebe in Pilar (Vertriebszentrale) Matheu, Moreno, Capitán Sarmiento, Colón und Zárate und 20% Marktanteil vor Rasic (14%), Granja Tres Arroyos (12%) und Soychu (7%). Brasilianische Hühner seien um 40% billiger als argentinische, die 95 bis 98 Centavos pro Kilo kosten und zu 75 bis 85 Centavos verkauft werden.

Nach vorläufigen Angaben der Wirtschaftsführung haben die Ausfuhren argentinischer Industrieerzeugnisse (30% der Ausfuhren) der ersten 5 Monate im Vorjahresvergleich um 13% auf US\$ 2,87 Mrd. zugenommen. In die NAFTA legten sie 20% zu, EU 17%, Mercosur 6%, nach Japan 94%, den mittleren Osten 36%, an die asiatischen Tigerstaaten 33%, China 28%, Südkorea 185% und Indien 114%. Kfz-Ausfuhren legten 12% zu (im Mai 36%), Baustähle 100%, Kfz-Reifen 30%, Petrochemie 27% und Aluminium 70%.

Die Bladex (Banco Latinoamericano de Exportaciones) hat der Banco Nación US\$ 50 Mio. Kredit gewährt um Ausfuhren kleiner und mittelständischer Unternehmen (Pymes) zu 9% im Jahr auf 3 Jahre zu finanzieren. Bladex ist eine Grosshandelsbank mit Sitz in Panama und Aktiven von US\$ 5,1 Mrd. Seit ihrer Gründung 1977 hat sie Darlehen für mehr als US\$ 100 Mrd. gewährt, um Ausfuhren in Lateinamerika zu fördern. 23% ihrer Aktien gehören lateinamerikanischen und Karibikstaaten, ein Teil notiert an der Wall Street. Argentinischer Bladexpartner ist die Banco de la Nación.

Die Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen legte dank der Zellulartelefonie und der Luftfrachten im Mai um 6,3% zu. Letztere lagen laut Indec um 66,8% über dem Vorjah-

resmai, Zellulartelefonie um 48,2%. Bei den Festanschlüssen legten Ortsgespräche 5,7% zu, Regionalgespräche 3,3%, Gespräche ins Ausland 19,6% und aus dem Ausland 4,9%. Eisenbahnfrachten büsst 16,7% ein, Stadtbusse 7,4% und Personenzüge 2,4%.

Die Rohölförderung lag im 1. Jahresdrittel um 4,1% unter jener des gleichen Vorjahreszeitraumes, die Gasförderung legte 7,6% zu, vorwiegend wegen der Gasausfuhren nach Chile über die Pazifikleitung. Im 2. Jahresdrittel sollen die Gaslieferungen nach Brasilien anlaufen und gegen Jahresende oder Beginn des nächsten, durch das Vorhaben der British Petroleum, nach Uruguay.

Repsol YPF gab in Madrid bekannt, dass sie die 800 EG3-Tankstellen und eine Astra-Raffinerie zum Verkauf anbietet, nachdem die Verhandlungen mit Petrobras über die Direktübergabe gescheitert sind. Das Angebot soll über internationale Banken erfolgen. Repsol erfülle damit die Auflagen der Übernahme von YPF SA, die zu grosse Marktanteile untersagt.

Horacio Rogelio Rieznik ist der neue Interventor des Fischereiamtes, nach dem Rücktritt von Juan C. Cabirón, vor 3 Monaten. Er verfügt über eine breitgefächerte Erfahrung in der Industrie und will Lobbyeinflüsse auf das Amt ausschalten.

Ab Mitte kommender Woche werden mehrere Zigarettenmarken um durchschnittlich 12,5%, zwischen 10 und 20 Centavos pro Packung, teurer. Derby werden statt \$ 1,25, \$ 1,40 kosten. Andere, wie Kent, Benson, Parliament und Marlboro bleiben unverändert. Im Gegenzug sichern die Hersteller dem Schatzamt \$ 1,8 Mrd. im Jahr an Steuern, um \$ 275 Mio. mehr als 1999 eingenommen wurden. An indirekten Steuern sollen weitere \$ 30 Mio. eingehen. Die Zigarettenfabriken verpflichten sich, nicht in die Anrainerstaaten zu exportieren, um den Schmuggel zu unterbinden. Das Dekret, das bereits in Kraft ist, gilt für 2 Jahre. Sollten die Steuereinnahmen nicht wie verpflichtet steigen, wird auf das alte System zurückgegriffen.

Das Quotenabkommen der argentinischen und brasilianischen Schuhindustrieverbände ist am 30.6. abgelaufen. Verhandlungen über seine Fortsetzung sind versandt und die hiesigen Industrievertreter wollen, dass Industrie- und Handelssekretärin Giorgi die Frage mit ihrem brasilianischen Kollegen löst. Die Kammer der Schuhimporteure wirft der Staatssekretärin hingegen vor, dass die von der WHO getadelten Einfuhrschränken ungebührlich hinausgezogen werden.

Ein Handelsgericht hat die Pfändung von \$ 36 Mio. gegen die

ehemalige Firma Sevel (Macrigruppe) verfügt, die Kfz Marke Fiat und Peugeot herstellte. F. Macri wird des mutmasslichen Schmuggels im Rahmen der bilateralen Kfz-Abkommen zwischen Argentinien und Uruguay beschuldigt. Eine ähnliche Anklage wurde gegen Renault, bisher erfolglos, erhoben. Die Firma Peugeot Citroën erklärte sich durch das Urteil überrascht. Es habe Unbehagen ausgelöst, man werde berufen und die weiteren Rechtswege beschreiten.

Die Provinz Buenos Aires hat ein Moratorium für Steuerschulden auf den Bruttumsatz bis zum 31.12.99 verfügt, das individuelle Pläne in bis zu 48 Raten vorsieht und am 31.7. abläuft. Der Jahreszins beträgt 6% ohne Zinseszinsen. Nur die grossen Schuldner müssen, im Rahmen des Konsolidierungsplanes, die amtliche Abrechnung ihrer Schulden zum 31.12.99 abwarten, um sich einzutragen.

Das Stromverteilungsunternehmen Edesur hat im 1. Halbjahr 2000 im Vorjahresvergleich die grösste Verbrauchszunahme seit 1996 verzeichnet: 6,4%. Edenor meldete 6,1% und im Juni 3,1%.

Die Consultingfirma Tendencias Económicas hat im Juni einen wesentlichen Rückgang bei Entlassungen und Suspendierungen ermittelt. Gegen rd. 23.000 im Mai waren es 3.650, immer noch um 30% mehr als im Vorjahresjuni. Die Entlassungen im 1. Halbjahr lagen um 50% über jenen des 1. Halbjahres 1999.

Der brasilianische Wirtschaftsminister Pedro Malan wies darauf hin, dass Ende 2000 die Erhöhung des Zollsatzes um 3 Punkte aufhört, die 1997 für drei Jahre im Mercosur eingeführt worden war, als Ersatz für die argentinische „statistische Gebühr“, die als solche international beanstandet worden war. Malan erklärte, er trete nicht für eine Verlängerung der Frist ein. In Argentinien negieren die Behörden jedoch zur entgegengesetzten Meinung.

Die brasilianische Regierung rechnet damit, dass die Steuerreform, durch die die MwSt. (dort genannt ICMS) zu einer bundesstaatlichen Steuer wird, statt wie bisher von den Einzelstaaten eingenommen zu werden, dieses Jahr noch im Parlament verabschiedet wird. Somit würden die Vergünstigungen bei dieser Steuer de facto nicht mehr weiterbestehen. Der Staat Ceará gestattet bei neuen Projekten, dass bis zu 75% der MwSt. für 15 Jahre ohne Zinsen geliehen wird. Der Staat Bahía gewährt die Ausnahmen von der MwSt. für eine bestimmte Periode. Und so weiter.

Der Flughafenkonzessionär Aeropuertos Argentina 2000 (AA2000) hat US\$ 42,78 Mio. a konto der Konzessionsgebühren von US\$ 85 Mio. für das 1. Halbjahr 2000 bezahlt.

AA2000 erklärte, bisher US\$ 300,18 Mio. bezahlt zu haben und an den Staat weiter Forderungen für US\$ 198 zu haben. Die Investitionspläne für US\$ 1,2 Mrd. würden durchgeführt und der Zugang zur Piste A in Ezeiza in wenigen Tagen fertiggestellt werden.

Die brasilianische Sulgas (Companhia de Gas do Rio Grande do Sul) hat die Erdgasleitung, die das E-Werk in Uruguayana und Haushalte im Süden Brasiliens mit argentinischem Gas versorgt, eingeweiht. Die mit US\$ 265 Mio. Investition über 615 km, von der Erdgasförderung der Repsol YPF im argentinischen Norden bis Porto Alegre gelegte Leitung, begann mit der Lieferung von 2,87 Mio. cbm/Tag. Sie gehört dem Konsortium TSB (Transportadora Sulbrasileira de Gas), das von Repsol YPF, Gaspetro (Tochter der staatlichen Petrobrás), dem brasilianischen Erdölunternehmen Ipiranga und den multinationalen Totalfina, Techint und Transcanada gebildet wurde.

Das mehrmals verschobene Projekt des Hüttenwerkes Siderar, mit US\$ 1 Mrd. Investition den Hochöfen zu modernisieren und die 2 Koksöfen in San Nicolás instandzusetzen, um Produktionsengpässe zu überwinden, könnte im nächsten Jahr anlaufen, wie Generaldirektor Tizado bekanntgab. Die Kapazität des Haupthochofens soll erweitert, das Sauerstoffgebläse modernisiert, ein neues Walzband für Dünnbleche, weitere Warm- und Kaltwalzanlagen und ein Galvanisierungsbad sollen aufgestellt werden.

Der Kleinhandlerverband CAME (Coordinadora de Actividades Mercantiles Empresarias) hat zum Boykott gegen die Banco de Galicia und die anderen Banken aufgerufen, die keine MasterCard Kreditkarten mehr ausgeben, weil die Provisionen, die die angeschlossenen Händler zahlen müssen, einseitig herabgesetzt wurden. Auch will CAME bei den Parlamentskommissionen für Verbraucherschutz und für Handel gegen das angeblich rechtswidrige Verhalten der Banken Anzeige erstatten.

Die Provinzregierung von Buenos Aires hat eine Ermittlungsstelle geschaffen, deren Hauptaufgabe das Aufspüren und Anzeigen von Betrugshandlungen gegen die Steuereintreibung in der Provinz ist. Das Abkommen zwischen dem Wirtschaftsministerium und der Generalstaatsanwaltschaft der Provinz peilt Steuerhinterziehungen durch Fälschungen von Unterlagen bzw. elektronischen Speichereingaben an. Provinzfinanzminister Sarghini erklärte, diese Verbrechen nähmen stetig zu. In den letzten 2 Jahren habe es 873 Betrugsanzeigen dieser Art gegeben. In diesem Jahr wurden bereits 158 Steuerdelikte verzeichnet, 80% davon bei der Immobilien- und Umsatzsteuer.

Die Regierung hat eine Vorlage mit den angestrebten Änderungen der Arbeitsrisiko-Gesetzgebung bekanntgegeben. Unter ihnen befinden sich Erhöhung der Entschädigungen, Änderungen der Zahlungsart an die Arbeitnehmer, Sonderkontrollen bei Unternehmen mit hohen Unfallsquoten und die mögliche Eingliederung neuer, nicht aufgezählter Berufskrankheiten. Die Versicherungsgesellschaften für Arbeitsrisiken (ART) sehen in einer ersten Schätzung eine Erhöhung der Policen um 40% bis 60% voraus.

Die spanische NH Hotelkette hat mit US\$ 16,5 Mio. Investition ihr 6. Hotel in Argentinien eingeweiht. Das in der Innenstadt von Buenos Aires gelegene Viersternehotel heisst NH Florida und hat 168 Zimmer für Geschäftsleute. Mit diesem Hotel hat NH 1000 Betten in Argentinien.

Die Wirtschaftsführung will im 2. Halbjahr am hiesigen Finanzmarkt rd. US\$ 8 Mrd. aufnehmen, US\$ 6 Mrd. für Umschuldungen und US\$ 2 Mrd. Neuverschuldungen. Bontes-Schatzscheine für US\$ 1,57 Mrd. und Wechselbonds für US\$ 500 Mio. werden auf 5 Monate verteilt, um die Flüssigkeit der Banken für Kredite an die Privatwirtschaft nicht zu beeinträchtigen. Im Juli und November werden allerdings je US\$ 1,75 bis 1,95 Mrd. aufgenommen, davon US\$ 1,35 Mrd. in Letes auf 91, 182 und 364 Tage, US\$ 100 Mio. in Wechseln und US\$ 300 bis 500 Mio. in neuen Bontes.

IRSA, Inhaberin der meisten Shoppings, bedeutender Gebäude und von 450.000 ha Boden, investiert US\$ 45 Mio. in das Internet. Als Konkurrent der Websites Patagon der Santander Bank und Latinstock der Exxel Group, soll Altinvest mit Büros in Buenos Aires und Sao Paulo den Kauf und Verkauf von Aktien und Bonds sowie Investitionen ab \$ 1.000 in Fonds ermöglichen.

Die Busunternehmen des Raumes Gross Buenos Aires (Fatap, Aaeta, Cetap und Ctpba) gaben bekannt, dass ihnen die Erdölgesellschaften ab 1.7. den Grosshandelspreis für Dieselöl um 2,8% bis 6% teurer berechnen. Sie fordern dringende Regierungsmassnahmen um den Preisauftrieb, der in 12 Monaten 60% ausmacht, einzudämmen.

In Buenos Aires Stadt wurden im Juni im Vorjahresvergleich um 2,8% mehr Umsatzsteuern (Ingresos Brutos) eingetrieben, wie der Finanzsekretär der Stadt, E. Delle Ville, bekanntgab. Ohne Berücksichtigung der Zahlungserleichterungspläne wurden \$ 149 Mio. eingenommen, um 2,6% mehr als im Mai.

J. Marguliz, Präsident des Argentinischen Petrochemie-Instituts, gab bekannt, dass die Branche in diesem Jahr alleine in neue Fabriken \$ 1,6 Mrd. investiert hat. 3.000 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen,

30% mehr Ausfuhren nach Brasilien

Im Juni erreichten die argentinischen Ausfuhren nach Brasilien US\$ 629 Mio. Das waren um 29,2% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Da die Ausfuhren im ersten Halbjahr 2000, ebenfalls im Vorjahresvergleich, um 15,6% zugelegt haben, wurde die Zunahmequote gegen Ende des Vergleichszeitraumes praktisch verdoppelt.

Die Einfuhren aus Brasilien erreichten im selben Vergleich US\$ 540 Mio., um 23% mehr als im Juni 1999 und im Halbjahresvergleich um 17,4% mehr. Für Juni ergibt das für Argentinien einen Handelsbilanzüberschuss von US\$ 85 Mio., gegen ein Defizit von US\$ 89 Mio. im Vorjahresjuni. Das argentinische Defizit im Warenaustausch der ersten sechs Monate betrug 1999 US\$ 301 Mio. und 2000 US\$ 304 Mio.

Die bedeutendsten Zunahmen bei der Lieferungen Brasiliens an Argentinien wurden bei Pkw, Lkw, Möbeln, Schuhwerk und Sende- und Empfangsgeräten verzeichnet. Es ist bemerkenswert, dass, während der Warenaustausch Brasiliens mit der ganzen Welt von einem Defizit von US\$ 617 Mio. im ersten Halbjahr 1999 auf einen Überschuss von US\$ 879 Mio. im gleichen Halbjahr 2000 sprang, Argentinien seine Stellung im Warenaustausch unvermindert halten konnte.

Argentinien steigert seine Beteiligung am brasilianischen Markt, der 25% seiner Ausfuhren zu Ziel hat. Während im Juni die Gesamteinfuhren Brasiliens im Vorjahresvergleich um 3,3% zunahmen, nahmen die aus Argentinien um 29,2% zu. Die Grössenordnung wird deutlicher, wenn in Betracht gezogen wird, dass Argentinien Anteil am brasilianischen Einfuhrmarkt von 10,9% im Vorjahresjuni auf 13,7% im Juni dieses Jahres gestiegen ist.

schwerpunktmässig in Bahía Blanca und Neuquén.

Orsna, die Überwachungsbehörde für Flughäfen, hat bestimmt, dass innerhalb des Konzessionärs AA2000 Aktienübertragungen nicht zulässig sind. Die Mitglieder des Konsortiums, das die Flughäfen 1998 übernommen hat, seien alle dem Staat gegenüber haftbar.

Durch Beschluss 502/2000 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 5.7.00) wurde die Ausgabe von Titeln durch den Treuhandfonds für die Entwicklung der Provinzen („Fondo Fiduciario para el Desarrollo Provincial“) für US\$ 1,2 Mrd., mit Verfall am 28.6.2010 genehmigt. Der Zinssatz wird auf Basis jenes der ZB für Depositenzertifikate in Dollar festgesetzt, mit 525 Basispunkten zusätzlich oder indem der Grundzins mit 1,873 multipliziert wird, wobei der höhere Zinssatz genommen wird. Die Unterbringung erfolgt über die Banken Galicia, Francés und Río.

Paolo Rocca, Präsident von Siderca (nahtlose Stahlrohre), die zur Techint-Gruppe, gehört, erklärte letzte Woche anlässlich der Inbetriebnahme einer Anlage für Schrottverarbeitung des Tochterunternehmens Scrap Service für US\$ 10 Mio., dass Siderca die Röhrenproduktion dieses Jahr um 30% und die Exporte um 25% erhöhen werde, und für 2001 noch einmal eine Zunahme von 15% vorsehe. In diesem und den zwei kommenden Jahren wird die Firma US\$ 140 Mio. investieren.

Die Aluminiumfabrik Aluar hat Investitionspläne für US\$ 700 Mio. zur Erweiterung der Fabrik in Puerto Madryn. Die gegenwärtigen Ex-

porte von US\$ 200 Mio. jährlich sollen dadurch verdoppelt werden.

Präsident Fernando de la Rúa und Gouverneur Carlos Ruckauf (Provinz Buenos Aires) haben sich einstimmig über das Ende der Rezession und eine schon begonnene Aufschwungphase ausgesprochen.

Die Regierung hat per Dekret 487/00 (Amtsblatt vom 4.7.00) die im Gesetz 25.165 festgesetzte Frist für Volontäre („pasantes“) von vier auf sechs Stunden täglich erhöht. Ausserdem können die Verträge vier Jahre statt nur eines dauern, wie es das Gesetz vorschreibt. Die von diesem System betroffenen Studenten erhalten ein Entgelt, das frei bestimmt und nicht mit Sozialabgaben belastet wird. Ebenfalls besteht in diesem Fall keine Entlassungsentschädigung.

Schatzsekretär Mario Vicens wies in einem Artikel in der Zeitung BAE darauf hin, dass das Defizit des Jahres 1999 \$ 9,35 Mrd. betrug und nicht \$ 5,43 Mrd., wie die vorangehende Wirtschaftsführung behauptete. Bei Abzug des Erlöses aus dem Verkauf des Restpaketes der YPF-Aktien und der Konzession für die Satellitentelefonie steigt das Defizit auf \$ 9,9 Mrd. Die Hochrechnung auf das Jahr 2000 ergab ohne Korrekturmassnahmen ein Defizit von \$ 11 Mrd. Das hätte zu höheren Zinsen geführt, die das Defizit weiter erhöht hätten. Dank der Massnahmen, die die neue Regierung getroffen hat, werde jetzt die Erfüllung des mit dem IWF vereinbarten Defizitzieles des ersten Halbjahres 2000 von \$ 2,69 Mrd. erfüllt, das wesentlich geringer als das des letzten Quartals 1999 von \$ 3,33 Mrd. sei.

Die Staatssekretärin für Industrie, Handel und Bergbau, Débora

Peugeot investiert US\$ 410 Mio. in Argentinien

Obwohl die Kfz-Industrie für das Jahr 2000 im Allgemeinen von einem stockenden Absatzmarkt für 350.000 Fahrzeuge spricht, wird die Peugeot Citroën Gruppe ihre Fertigung im Werk Palomar von 36.000 auf 70.000 Einheiten praktisch verdoppeln. Die zusätzliche Fertigung ist schwerpunktmässig für das Ausland vorgesehen. 80% der Citroën Berlinco sind für Spanien, Deutschland, Frankreich und Brasilien bestimmt. 40% der Peugeotwagen gehen ebenfalls ins Ausland. Zu 40% gehen die Peugeotmodelle 206 in den Mercosur und der Partner in den Mercosur und nach Europa.

Der Vorsitzende des Unternehmens, Jean Martin Folz, der sich geschäftlich vorübergehend in Argentinien aufhielt, erwartet von die hiesigen Niederlassung, nach US\$ 120 Mio. Verlust im Vorjahr, für dieses Jahr ein Nullergebnis und Gewinne ab 2001. Anlässlich einer Audienz bei Präsident de la Rúa hatte er für Peugeot Citroën Argentina eine Kapitalaufstockung von US\$ 410 Mio. bekannt gegeben.

Um die Wachstums- und Ergebnisaufgaben zu erfüllen, soll hier im kommenden Frühjahr der Peugeot 607 und der Cabriolet 206 verkauft werden. Jährlich sollen US\$ 30 bis 40 Mio. in die Einführung neuer Modelle, Erneuerung der Produktionsbänder, Erweiterung des Vertriebsnetzes und ein Joint venture mit der BBVA Bank investiert werden, um Verkauf und Leasing von Neu- und Gebrauchtwagen zu finanzieren. Für die Marke Citroën wird die Einführung des Modells Saxo erwogen.

Giorgi, erklärte, die Kfz-Produktion werde dieses Jahr gleich hoch wie 1999 sein oder gar um 2% bis 3% zunehmen. Obwohl der Umsatz im 1. Halbjahr um 2,2% zurückgegangen ist, sei keine Fördermassnahme notwendig. Einmal bestünden noch 130.000 Zertifikate für verschrottete Altwagen, die noch nicht verwendet worden seien; dann werde sich das neue Leasinggesetz auswirken (das den Kfz-Handel formell erleichtert, da der Verkäufer Eigentümer der Einheit bleibt, bis sie ganz bezahlt ist). Und dann würde sich die Belebung der Wirtschaft im 2. Halbjahr auswirken.

In dieser Wintersaison werden in den wichtigsten Skiorten 20% bis 35% weniger Touristen erwartet als im Vorjahr, das auch schon unter guten Jahren lag. Auffallend ist die Verringerung der Aufenthaltsdauer.

Durch Dekret 525/2000 (Amtsblatt vom 7.7.00) wurde das Dekret 1141/99 vom 14.10.99 ausser Kraft gesetzt, durch das eine internationale öffentliche Ausschreibung einberufen werden sollte, um die sogenannte Justizstadt zu entwerfen, zu bauen und im Rahmen eines Leasingvertrages auf 15 Jahre zu finanzieren. Die jährliche Rate war auf \$ 36 Mio. und der Gesamtpreis auf \$ 540 Mio. veranschlagt worden. Die Budgetgesetz für das Jahr 2000 bestimmt, dass Verträge dieser Art, wenn sie nicht effektiv begonnen wurden, automatisch per Ende 1999 ablaufen. Abgesehen von dieser formellen Begründung handelt es sich um ein unverünftiges Projekt. Wenn die Justiz mit einem integralen Informatiksystem ausgerüstet wird, erübrigt sich die Vereinheitlichung der Gerichte in einem Gebäude.

Nächste Woche soll das Gesetzesprojekt über einen Treuhandfonds von \$ 7 Mrd. dem Kongress übergeben werden, der als Garantie für die Zahlung der Raten bei öffentlichen Arbeiten dienen soll, die privat gebaut und finanziert werden. Es han-

delt sich um Leasing oder ein ähnliches System. Die Weltbank und die interamerikanische Entwicklungsbank sollen mit US\$ 1 Mrd. zu diesem Fonds beitragen, in Form einer Garantie. Darüber wurde schon verhandelt.

Nicolás Gallo, Minister für Infrastruktur und Wohnung, gab eine Liste von Projekten bekannt, die mit privater Finanzierung und Garantie des zu schaffenden Treuhandfonds durchgeführt werden sollen: die Erweiterung der Kapazität von Yacyretá durch die Erhöhung des Wasserpegels von 76 auf 83 Meter; das Kraftwerk am Yacyretá-Arm Añá Cuá; die Kanalisierungsarbeiten im Saldado-Becken (Provinz Buenos Aires); die Strasse 81 in Formosa; der Kordillerenpass von Jama (Jujuy) und andere Pässe; der Stromring für die Stadt Mendoza und Umgebung; die Strassen 9 und 95 im Chaco.

Vizepräsident Carlos („Chacho“) Alvares hat den Senat überzeugt, zunächst 500 Beamte zu entlassen, die Gehälter beziehen, aber keine konkrete Arbeit haben, und nur zum Monatsende erscheinen, um zu kassieren. Dann soll auch ein Register für freiwillige Rücktritte (mit Entschädigung) eingeführt werden. Das Senatsbudget von \$ 129 Mio. soll auf diese Weise um 30% verringert werden.

Vertreter der Unternehmen, die Rentenfonds verwalten (AFJP), suchten AFIP-Direktor Héctor Rodríguez auf, um ihm ihre Sorge vorzutragen, dass nur 41,3% der eingetragenen Mitglieder ihre Beiträge zahlen, wogegen es vor 5 Jahren, als das System begann, über 50% waren. Es wurde beschlossen, eine Kommission von der Kammer der AFJP und der AFIP zu bilden, um Lösungen auszuarbeiten. In vielen Fällen handelt es sich darum, dass die Unternehmen die Beiträge der Arbeitgeber zwar abziehen, aber nicht einzahlen, wobei der Arbeitnehmer es nicht wagt, Anzeige zu erstatten, weil er Angst vor Entlassung hat. Die Gewerkschaften kümmern sich auch nicht um dieses Problem, obwohl dies zu ihren Aufgaben gehört.

Der Präsident der Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO), Ricardo Gutierrez, forderte den ZB-Präsidenten Pedro Pou auf, zu erklären, warum er die Liquiditätsreserven der Banken zu hoch hält. Gutierrez tritt entschieden für eine Verringerung ein, die der BAPRO die Möglichkeit geben würde, die Kredite erheblich zu erhöhen. Die ZB müsse im Detail eine Begründung für ihre Regulierungen geben. Sie können nicht wie „eine geschlossene Schachtel“ handeln.

Die Firma Massalin Particulares beschloss, die Zigarettenfabrik in Goya, Provinz Corrientes, die 400 Personen beschäftigt und geschlossen werden sollte, weiterhin zu erhalten, nachdem die Regierung effektive Massnahmen zur Behinderung des Zigaretenschmuggels getroffen hat. Zigarettenpakete, die für den Export bestimmt sind, müssen in Zukunft eine Aufschrift tragen, die bekanntgibt, dass der Konsum der Päckung im Inland nicht gestattet ist. Dies

bezieht sich auf den Export von Zigaretten nach Paraguay, die keine interne Steuer zahlen und eine Rückvergütung erhalten, und dann nach Argentinien geschmuggelt werden. Jetzt sollen sie leicht erkennbar sein.

Die Banco de la Nación hat ein Treuhandabkommen mit den Weinkellereien Valentín Bianchi, Covisan und Goyenechea sowie 580 kleinen und mittleren Winzern des Weinbaugebietes um San Rafael, Provinz Mendoza geschlossen um die Konkurrenzfähigkeit des Gebietes zu erhöhen. In der 1. Etappe sollen 1.100 ha mit Reben für Qualitätsweine für den Export bebaut werden. Insgesamt sind 3.000 ha Reben für Qualitätsweine in dem Gebiet vorgesehen, das sich bislang auf Tafelweine spezialisiert hat. In 5 Jahren soll die Ausfuhr argentinischer Qualitätsweine, für die es aufnahmebereite Märkte gibt, verdoppelt werden. Die Provinz Mendoza soll den Jahreszinssatz von 12,5% mit 7 Punkten stützen. Die Winzer sollen in den ersten 3 Jahren kein Kapital amortisieren, sondern nur 5,5% Zinsen zahlen müssen. Für die 1. Etappe sind \$ 16 Mio., für den Gesamtplan \$ 45 Mio.



SECARROPAS
2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE
EXCLUSIVO SISTEMA DE SEGURIDAD T.B.S.®



CAPACIDADES: 4,2Kg, 5,2Kg y 6,2Kg.
IGUALMENTE EN SU LINEA ACERO

¡ PODEROSO EL CHIQUITIN !

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

vorgesehen.

Das Schatzamt hat bestätigt, dass folgende 9 Restunternehmen aus Privatisierungen geschlossen wurden: ENTel, Ferrocarriles Argentinos, die Domecq García Werft, Cegemin (Centro Geológico Minero Residual), DiCom (Difusora Contemporánea), die Rundfunksender Belgrano, Antártida und Tucumán und Fábrica Militar Residual.

Um Jahresende wird Petrobrás die 660 EG3 Tankstellen übernehmen und betreiben. Der Aktivtausch von US\$ 1,1 Mrd. mit Repsol YPF sichert dem brasilianischen Staatsbetrieb 10% Marktanteil in Argentinien. Repsol YPF erhält 400 Tankstellen in Brasilien. Gleichzeitig werden gegenseitig Raffinerieanteile getauscht.

Die zu Techtint gehörende argentinische Techtel schliesst sich mit der mexikanischen Telmex zusammen um, mit US\$ 400 Mio. Investition in 3 Jahren, in den ab 9.11. deregulierten Fernverbindungsmarkt einzusteigen. Techtel verfügt über Telefonlizenzen, ein US\$ 100 Mio. Lichtwellenleiterprogramm mit Funkunterstützung von 1.600 km zwischen Buenos Aires und dem Landesinneren, bisher mit Rosario, La Plata und Bahía Blanca; Mendoza, Córdoba und San Luis stehen vor dem Anschluss. Das Programm war als Dienstleister für dritte Telefonieunternehmen ausgelegt. Der Zusammenschluss mit Telemex, dem grössten Fernverbindungsunternehmen Mexikos, lässt die Verlagerung auf Endverbraucher vermuten.

Die österreichische Schmidtfeldbach, die in Europa bei Kfz-Ledertapezierungen führend ist, fasst in Argentinien durch den Kauf einer Gerberei der Gruppe Gatic Fuss. Die Toledo SA benannt Firma soll schwerpunktmässig den europäischen und US-Markt beliefern. Zu ihren Kunden gehören u.a. Mercedes Benz, BMW, Volvo und Ferrari.

Das Landwirtschaftssekretariat hat im 1. Jahresdrittel eine Produktionsverringerung von 7% bei Frischmilch festgestellt. Trotz der Preiszunahme von 11% seit November sollen mehrere Produzenten aufgegeben haben. Die Molkeereien die Grossfirmen beliefern, sollen von 10.250 Anfang 1999 auf 9.450 zurückgegangen sein. Im letzten Jahrzehnt haben 20.000 Molkeereien aufgegeben.

Die Busunternehmen fordern von der Regierung Subventionen oder Steuererlässe, um ihre 20%igen Kostenzunahmen durch die 60% Preissteigerung bei Dieselöl wettzumachen. Fahrpreiserhöhungen wären die ungünstigste Lösung.

Die Aussenhandelskommission hat einen Bericht fertiggestellt, dem zufolge die heimische Sportschuhindustrie durch Einfuhren geschädigt

wird. In knapp einer Woche sollen die Verhandlungen mit Brasilien über Warenaustausch wieder aufgenommen werden. Sportschuhe sind einer der 8 Streitpunkte.

Die Nationalregierung wird das Abkommen zwischen der Provinz Neuquén und Repsol YPF über Investitionen von US\$ 8 Mrd. in den nächsten 15 Jahren gegen Verlängerungen der Erdölkonzessionen gutheissen.

Die gewichtete Rentabilität der Privaten Rentenkassen (AFJP) betrug im Juni 11,17%. Gleichzeitig gab die Überwachungsbehörde derselben bekannt, dass die höchste verzeichnete Rentabilität 14,52% und die niedrigste 7,82% betragen haben.

Die Kfz-Produktion war im Juni um 4,1% geringer als im Mai und

um 38,5% grösser als im Vorjahresjuni. Von 29.066 im Juni hergestellten Kfz, gingen 14.948 an Konzesionäre und 13.271 ins Ausland. Die Konzesionäre verkauften im Juni um 8,9% weniger als im Mai und um 19,5% weniger als im Vorjahresjuni. Der Vorjahresvergleich der ersten 6 Monate ergibt 2,2% Rückgang. Die Ausfuhren im Juni lagen um 2,7% über Mai und um 56,7% über Juni '99. Der Vergleich der 2 ersten Halbjahre ergibt für 2000 eine Zunahme von 6,8%. Im Monat werden rd. 15.000 Kfz verkauft. über 100.000 Zertifikate des Umtauschplanes sind noch in Besitzerhänden. Der Plan endet im Oktober. Es würden im letzten Monat über 40.000 Zertifikate übrig bleiben. Der Kfz-Herstellerverband will, dass die Regierung den Einsatz der Zertifikate erleichtert, damit sie zum Kauf von Neuwagen verwendet werden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

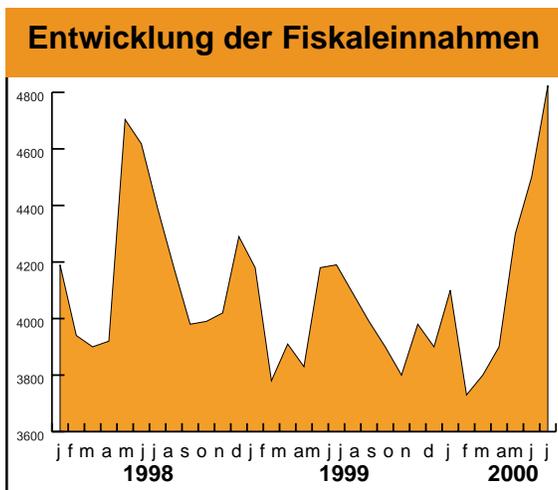
Starke Zunahme der Steuereinnahmen

Die gesamten Einnahmen aus nationalen Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren, lagen im Juni mit \$ 4,82 Mrd. um 15,4% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 11,1% über dem Vormonat. Es handelt sich um einen absoluten Rekord, der auch über der bisherigen Rekordzahl von \$ 4,7 Mrd. vom Mai 1998 liegt. Mit diesem Ergebnis können die Auflagen des IWF-Abkommens für das erste Halbjahr bequem erfüllt werden, wahrscheinlich sogar mit einem Überschuss. Die Wirtschaftsführung atmet erleichtert auf.

Die Zunahme ist an erster Stelle durch die Erhöhung der Anzahlungen der Gewinnsteuer für Unternehmen, von 9% auf 25%, herbeigeführt worden. Das allein ergab um die \$ 400 Mio. mehr, so dass die Einnahmen aus dieser Steuer mit \$ 1,36 Mrd. um 69,9% über Juni 1999 und um 14% über Mai 2000 lagen. Dies gehört jedoch insofern in das Kapitel der „kreativen Buchführung“, als diese Zunahme mit späteren Abnahmen kompensiert wird, also keine echte Erhöhung der Steuereinnahmen darstellt.

An zweiter Stelle stehen die Sondereinnahmen des Moratoriums, die etwa \$ 250 Mio. ausmachen. Diese Gesamtsumme, die gemeldet wurde und in Raten gezahlt wird, liegt angeblich irgendwo

zwischen \$ 4 und \$ 6 Mrd. Der genaue Betrag soll in Kürze bekanntgegeben werden, da die Berechnung durch die verschiedenen „Zusatzmoratorien“ erschwert wird. Bei einem normal funktionierenden Informatiksystem, über



das die AFIP offensichtlich nicht verfügt, sollte indessen diese Zahl sofort bekannt sein. Die Raten sollen dieses Mal durch automatische Belastung auf Bankkonten (Kontokorrent oder Sparkonto) gezahlt werden, so dass die Banken faktisch als Kontrolleure eingeschaltet werden. Bei bisherigen Moratorien pflegten viele nach der dritten Rate nicht mehr zu zahlen. Zum Moratorium, das für gute Steuerzahler eine Ohrfeige ist, sei bemerkt, dass periodische Moratorien zum System gehören. Denn wer in Verzug gerät, muss Straf-

zinsen von 3% monatlich zahlen, und 4%, wenn der Fall vor Gericht gebracht wurde, so dass er dann oft keine Möglichkeit hat, seine Lage einzurenken. Ohne Moratorien gäbe es massenweise Konkurse oder eben ein Verschwinden von Unternehmen, die dann unter neuem Namen wieder auftauchen, gelegentlich schwarz. Zinsen von 3% werden bei Stabilität weltweit als Wucher eingestuft; dass ausgerechnet der Staat diese Zinsen fordert, klingt sonderbar. Andererseits würden sich jedoch bei niedrigeren Zinsen viele Unternehmen durch Hinausschiebung der Steuerzahlungen finanzieren, da sie keinen Zugang zum normalen Bankkredit haben und anderswo eben auch Wucherzinsen zahlen.

Wenn man die ausserordentlichen Einnahmen bei Seite lässt, und auch im Juni 1999 die Sondereinnahmen aus der damaligen Lehrersteuer (\$ 250 Mio.) nicht berücksichtigt, ergibt sich dennoch eine Zunahme von etwa 5%. Was bei den Junizahlen dieses Jahres am meisten auffällt, ist die starke Zunahme der Einnahmen bei der MwSt., die mit \$ 1,7 Mrd. um 6,8% über dem Vorjahr und um 10,5% über dem Vormonat lagen. Bei der direkt vom Steueramt eingenommenen Steuer lagen die Einnahmen hier um 11,3% über Juni 1999 und um 9,5% über Mai 2000, während bei der vom Zollamt einbehaltenen Steuer eine Abnahme von 3.1%, bzw. 0,7% stattfand. Der Betrag der Rückerstattung der MwSt. an Exporteure lag im Juni mit \$ 61,2 Mio. um 3,3% höher als im Juni 1999, aber um 48% unter Mai 2000. Somit lag die Zunahme der Einnahmen der MwSt. gegenüber dem Vormonat, ohne Abzug dieser Rückzahlungen, nicht bei 10,5%, sondern bei 6,6%.

Die Zunahme der Einnahmen aus MwSt. ist schwer zu erklären. Die im Juni gezahlte Steuer entfällt auf Maiumsätze, die somit stark gestiegen sein müssten. Nun weisen jedoch die Supermärkte im Mai einen Umsatz aus, der um 8,7% unter dem Vorjahr und um 4,3% unter dem Vormonat liegt, und die Shopping-Center weisen Rückgänge von 7.8%. bzw. 6.4% aus. Die Erklärung für diesen Widerspruch liegt darin, dass bei der MwSt. rückständige Beträge gezahlt wurden, als Voraussetzung

für die Beantragung der Zahlungs-erleichterungen. Die internen Steuern, die den Konsum bestimmter Güter belasten (hauptsächlich Zigaretten) lagen im Juni mit \$ 115 Mio. um 4,7% unter Juni 1999 und um 3,3% über Mai 2000. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr spiegelt hier die schlechte Konjunktur wieder, während die Zunahme gegenüber Mai eben auf rückständige Zahlungen zurückzuführen sein dürfte.

Die Steuern auf den Aussenhandel (Zölle plus statistische Gebühr) lagen im Juni mit \$ 172,8 Mio. um 9,1% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 5,4% unter dem Vormonat. Das entspricht vornehmlich einer Abnahme der Einfuhren im Juni, da diese Steuer mit der Zollabfertigung kassiert wird. Indessen wirkt sich hier auch eine Verlagerung der Importe auf Brasilien aus, wo sie zollfrei sind. Die geringeren Importe sind bei der gedrückten Konjunktur normal. Die Steuer auf persönliche Vermögen brachte im Juni \$ 181,4 Mio. ein, um 102% mehr als im Juni 1999 und 5,4% weniger als im Mai 2000. Die Differenz gegenüber dem Vorjahr ist auf die Erhöhung des Steuersatzes für Personen mit einem Vermögen von über \$ 200.000 von 0,5% auf 0,75% zurückzuführen. Die Hinterziehung ist bei dieser Steuer nach wie vor sehr hoch: gemäss Schätzungen von Fachleuten zahlt nur etwa ein Viertel der Steuerpflichtigen diese Steuer, wobei wertmässig eine Hinterziehung von über einem Drittel des theoretisch zu zahlenden Gesamtbetrages besteht, da die wirklich Reichen einer scharfen Kontrolle ausgesetzt sind.

Auffallend ist beim Juniausweis, dass der Betrag der persönlichen Beiträge zum staatlichen Pensionierungssystem mit \$ 498,5 Mio. um 5,8% über Juni 1999 und

um 2,1% über Mai lag. Normalerweise findet hier eine Abnahme statt, aus dem einfachen Grund, dass Mitglieder des staatlichen Systems in Pension gehen, während sich diejenigen, die frisch in den Arbeitsprozess eintreten, beim privaten System eintragen, das ihnen eine wesentlich höhere Pension verspricht. Die Unternehmensbeiträge zum Rentensystem lagen mit \$ 538,4 Mio. um 2,9% über Juni des Vorjahres und um 8% über dem Vormonat. Hingegen lagen die Einnahmen des privaten Kapitalisierungssystems mit \$ 330,9 Mio. nur um 1,6% über dem Vorjahr und um 0,5% unter dem Vormonat. Die Erklärung für diese Entwicklung liegt eben auch darin, dass geschuldete Beträge des staatlichen Systems gezahlt wurden, um sich am Moratorium zu beteiligen. Beim privaten System waren die Schulden hingegen kein Hindernis.

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist die, wie weit dieses gute Juni-Ergebnis eine Eintagsfliege ist. Die hohen Einnahmen bei der Gewinnsteuer werden sich im Juli und den kommenden Monaten gewiss nicht wiederholen, wohl aber die des Moratoriums. Wenn die Zunahme bei der MwSt. auf Zahlung kurzfristiger Schulden zurückzuführen ist, also von Beträgen, die im März, April oder Mai hätten gezahlt werden müssen, dann dürfte im Juli eine rückläufige Tendenz eintreten. Wirtschaftsminister Machinea sollte vorsichtig sein. Statt dessen, weist er darauf hin, dass Deflation besteht, so dass die reale Zunahme, besonders bei der MwSt. noch grösser ist. Dass auch Präsident De la Rúa in die gleiche Kerbe haut und von einer kontinuierlichen Erholung der Wirtschaft spricht, ist, milde gesagt, unvorsichtig.

Neuquén angekündigt, die mit Investitionen von US\$ 7 Mrd. einher gehen sollte. Schliesslich kommen noch die Investitionen beim Wasserkraftwerk Yacyretá u.a. hinzu. Konkret wurde von diesen Ankündigungen nur das neue Telefonregime in Kraft gesetzt, wobei jedoch hier noch einiges zu klären ist, damit die Investitionen, die ab November stattfinden sollen, schon jetzt vorbereitet werden können.

Jetzt hat Nicolás Gallo, Minister für Infrastruktur und Wohnungsbau, von dem die wichtigsten Investitionen abhängen, ein Programm für US\$ 20 Mrd. bekanntgegeben, nachdem noch vor Kurzem von US\$ 26 Mrd. die Rede war. Er erklärte, es fehlen nur noch Details, um dem Plan konkrete Form zu geben. Was die Finanzierung betrifft, so hat er folgendes Schema im Auge:

Ursprung der Mittel

Betrag in Mrd. Dollar

* Private Finanzierung	7
* Treuhandfonds, der mit den Aktien der Nationalen Hypothekenbank gebildet wurde ...	2
* Beitr. des nation. Schatzamtes ..	1,5
* Beitrag der Provinzen	1,5
* Weltbank und BID	1
* Garantiefonds	7
Insgesamt	20

Der Garantiefonds soll durch jährliche Beiträge des Schatzamtes von US\$ 400 Mio. durch 12 Jahre gebildet werden. Vom gegenwärtigen Budget für öffentliche Arbeiten von \$ 700 Mio. sollen \$ 300 Mio. weiter wie jetzt verwendet werden, während die verbleibenden \$ 400 Mio. an den Garantiefonds gehen. Dann kommen zwischen \$ 1,2 und \$ 1,8 Mrd. hinzu, die mit 12 Centavos der Brennstoffsteuer auf den Liter Benzin und Dieseltreibstoff oder die entsprechende Menge Gas entstehen sollen. Die Brennstoffpreise sollen nicht erhöht werden; aber die Mehreinnahmen, die sich ergeben, gehen an den Fonds. Das wären mindestens US\$ 100 Mio. jährlich.

Hinzu kommen dann noch, für den Garantiefonds, die Mittel, die aus dem Verkauf von Staatsimmobilien stammen, wie diejenigen, die aus dem ehemaligen staatlichen Eisenbahnunternehmen in Retiro und Rosario stammen, und diejenigen der Hafenverwaltung. Um auf \$ 7 Mrd. zu gelangen, müssen diese Immobilienverkäufe auf alle Fälle über eine Milliarde Dollar ausmachen.

Dieser Plan steht indessen auf äusserst schwachen Füßen. Der Treuhandfonds, der mit dem Verkauf der Aktien der Hypothekarbank gebildet wurde, erreicht bei

weitem nicht \$ 2 Mrd. Dann sind weder das nationale Schatzamt, noch die provinziellen Schatzämter in der Lage, je \$ 1,5 Mrd. jährlich beizutragen. Das ist mit dem Ziel der Defizitausmerzung unvereinbar. Ebenso ist das Schatzamt in keiner Weise in der Lage, auf die zusätzlichen Einnahmen aus der Brennstoffsteuer zu verzichten, wobei es ohnehin zweifelhaft ist, ob diese Einnahmen steigen, nachdem der Verbrauch zunehmend von Benzin auf Dieseltreibstoff und Gas übergeht, die eine viel geringere Steuerlast tragen.

Der Staat ist einfach nicht in der Lage, öffentliche Arbeiten zu finanzieren. Er muss sie so weit wie möglich als Konzession an Privatunternehmen vergeben. Für Projekte, die nicht in der klassischen Form konzessionierbar sind, weil sie nicht mit direkten Einnahmen verbunden werden können, die die Verbraucher zahlen, hat Gallo unlängst die Einführung eines Systems angekündigt, das in Grossbritannien schon mit Erfolg angewendet wird. Öffentliche Arbeiten werden durch Ausschreibung an Privatunternehmen vergeben, die sie durchführen und finanzieren, und dann für eine bestimmte Anzahl von Jahren instandhalten. Als Entgelt erhält das Unternehmen einen periodischen Betrag (monatlich, halbjährlich usw.) für eine bestimmte Anzahl von Jahren, der die Amortisation der Investition, die Verzinsung des Kapitals, die Instandhaltungskosten und den Gewinn enthält. Das Problem, das sich in Argentinien hier stellt, besteht darin, dass der Staat dann nicht zahlt. Im Wesen wurde das System schon beim Strassenbau angewendet, indem Privatunternehmen mit der Reparatur und Instandhaltung betraut wurden und einen monatlich Betrag erhalten sollten, der dann jedoch nicht bezahlt wurde, so dass dieses gute System (genannt Plan CREMA, wegen „Construcción, Reparación y Mantenimiento“) zusammenbrach. Die einzige Möglichkeit, das britische System hier einzuführen, besteht darin, dass die Zahlungen vertraglich und unwiderruflich durch die Banco Nación erfolgen, die dann befugt sein muss, die Beträge direkt von den Steuereinnahmen des Nationalstaates abzuziehen. Über diesen springenden Punkt hat jedoch bisher weder Gallo noch sonst jemand in der Regierung auch nur ein Sterbenswörtchen gesagt. Womit man den Eindruck gewinnt, dass die hohen Beamten diese Problematik noch nicht gründlich durchdacht haben.

Öffentliche Investitionen für US\$ 20 Mrd.?

Die Regierung von Fernando de la Rúa hat zunächst allerlei Entscheidungen, die von Menem getroffen worden waren, aufs Eis gelegt und somit u.a. hohe Investitionen für Infrastruktur verhindert. Vor über einem Monat hat Wirtschaftsminister Machinea ein Investitionsprogramm für US\$ 24 Mrd. angekündigt, wobei es sich um private Infrastrukturinvestitionen handelt, die von Regierungsentscheidungen abhängen, darunter an erster Stelle die unter der Menem-Regierung unterzeichneten und per Dekret genehmigten neuen Verträge mit den Unterneh-

men, die die Vororteseisenbahnen in Buenos Aires und Umgebung, die eine Verlängerung der Verträge um 25 Jahre, Investitionen von US\$ 5 Mrd. und eine schrittweise Erhöhung der Tarife vorsahen. Es sind wirklich gute Verträge, an denen prinzipiell kaum etwas auszusetzen ist. Ebenfalls sollten die Regeln für die Telefonie bekanntgegeben werden, die ab Beendigung der bestehenden Verträge mit Telefónica y Telecom am 8. November gelten. Das sollte Investitionen von über US\$ 4 Mrd. mit sich bringen. Dann wurde eine Verlängerung von Erdölkonzessionen in

Während Minister Gallo an seinem Plan arbeitet, geht es mit den effektiven Entscheidungen sehr langsam. Sieben Monate sind schon verstrichen, und die Entscheidung über die Vorortisenbahnen ist noch nicht getroffen worden. Die Frist, die sich die Regierung gesetzt hat, ist am 15.

Juni abgelaufen und wurde um zwei Monate verlängert. Bei anderen Fällen ist es genau so. Der Minister sollte sich lieber um die konkreten Investitionsprojekte kümmern, deren Beginn er bisher konsequent verhindert hat, als grossangelegte Pläne zu entwerfen.

Die eigenartige Deflation

Der Index der Konsumentenpreise weist im Juni zum vierten Mal einen Rückgang auf, wobei die Abnahme gegenüber dem Vormonat 0,2%, gegenüber dem Vorjahr 1,1% und in den letzten vier Monaten 1,2% aufweist. Das Jahr 1999 hatte schon mit minus 1,8% abgeschlossen, 1998 mit plus 0,7% und 1997 mit plus 0,3%. Hingegen verzeichnet der Index der Grossistenpreise im Juni eine Zunahme von 0,6%, und im Vergleich zu Juni 1999, eine von 4,5%. Ganz 1999 stieg dieser Index um 1,1%, aber im Jahr 1998 hatte er um 6,3% abgenommen und 1997 um 1%. Die Entwicklung der beiden Indices klappt somit stark auseinander. Was im letzten und diesem Jahr geschieht, ist einmal auf die Rezession zurückzuführen, die auf Handelsmargen drückt und den Einzelhandel zwingt, billiger zu verkaufen, auch wenn ihn die Ware gleich viel oder mehr kostet. Aber dann verzeichnet auch der Dienstleistungsbereich Abnahmen, besonders bei Freizeitausgaben mit minus 0,5% und innerhalb dieser Sparte, Tourismus mit minus 0,9%. Hingegen wirkt sich bei den Grossistenpreisen die Erholung der Commodities aus, allen voran Erdöl und seine Produkte, dann aber auch Stahl, Aluminium, petrochemische Produkte und nicht zuletzt, Getreide und Ölsaat. Indessen sind die Preise bei diesen Produkten in den letzten Wochen wieder gefallen, nachdem es in den USA üppig geregnet hat und die Ernten gerettet werden konnten.

Was die Konsumentenpreise betrifft, so dürften die Preise in Wirklichkeit noch stärker zurückgegangen sein. Umfragen bei Supermärkten weisen auf einen starken Übergang von ersten Marken auf billigere zweite Marken hin. Der Konsument achtet mehr auf die Preise. Der Index, der auf einem Warenkorb mit starrer Zusammensetzung aufgebaut ist, nimmt diese Entwicklung jedoch nicht wahr. Ebenfalls gibt es viel mehr Sonderrabatte, die auch im Index unberücksichtigt bleiben. Die Deflation ist somit, entgegen der allgemeinen Annahme, noch stärker, als sie im Index zum Ausdruck kommt.

Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)		
	1998	1999
Juli	22.915.851	3.849.203
Aug.	37.593.175	67.863.370
Sep.	37.996.155	44.575.111
Okt.	85.853.765	40.291.535
Nov.	96.961.488	69.440.608
Dez.	41960.030	78.796.238
	1999	2000
Feb.	26.357.337	109.596.150
März	65.728.180	163.135.905
Apr.	121.580.546	27.872.064
Mai	179.126.403	106.854.148
Juni	41.909.811	11.163.762

PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Baukosten	Konsumentenpreise		Grossistenpreise Allgemein		Grossistenpreise: national					
		I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich			
		I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
1999											
Mai		-0,5	-1,2	0,0	-5,2	0,0	-1,1	-2,5	-20,0	-0,2	0,1
Juni		0,0	-1,3	-0,1	-5,2	-0,3	-1,4	0,0	-20,4	-0,2	0,2
Juli		0,2	-1,5	0,2	-4,8	0,1	-1,3	-1,0	-20,7	0,0	0,1
August		-0,4	-1,9	0,2	-2,9	0,0	-1,4	0,8	-18,8	-0,5	0,1
September		-0,2	-2,0	0,9	-2,1	0,0	-1,4	1,0	-20,6	-0,1	0,0
Oktober		0,0	-1,7	-0,1	-1,2	-0,1	-1,6	-1,8	-13,2	-0,2	-0,1
November		-0,3	-1,8	-0,2	-0,4	-0,2	—	-6,0	-17,3	0,2	-0,2
Dezember		-0,1	-1,8	0,5	1,1	-0,1	-1,3	-2,8	-15,3	0,2	0,1
2000											
Januar		0,8	-1,4	1,2	2,9	0,1	-1,2	1,5	-9,1	-0,2	-0,4
Februar		0,0	-1,3	0,9	4,4	0,0	-1,2	3,7	-3,4	-0,2	-1,2
März		-0,5	-1,1	0,5	5,0	0,0	-0,5	0,1	-2,5	-0,1	-1,3
April		-0,1	-1,1	-1,2	2,7	0,2	-0,3	-0,8	-6,6	-0,3	-1,2
Mai		-0,4	-1,0	1,1	3,8	0,0	-0,3	1,9	-2,4	0,3	-1,3
Juni		-0,2	-1,1	0,6	4,5	0,0	0,0	0,7	-1,7	-0,2	-1,7

Quelle: INDEC